

4. H.

Der Weltkrieg 23

Der Krieg und das Papsttum

Julius Bachem (Cöln)

15 Pf.

Sekretariat Sozialer Studentenarbeit



80/933

Niemand hat an sich weniger mit dem Kriege zu tun als der Papst. Für das Oberhaupt der katholischen Kirche als Friedensfürsten muß jeder Krieg etwas überaus Schmerzlichcs sein. Um so mehr der gegenwärtige Weltkrieg, in welchem die christlichen Völker Europas einander zerfleischen und in welchem so viele der besondern Obhut des Papstes anvertraute Millionen Katholiken mit den Waffen in der Hand in blutigem Ringen einander gegenüberstehen.

Wie es die Pflicht seines Amtes ist, hat denn auch der Papst die Regierungen und die Völker fortgesetzt zum Frieden gemahnt.

So haben es auch seine Vorgänger auf dem Stuhle Petri gehalten. Wie sehr in den oft kriegerischen Zeiten des Mittelalters die Päpste bemüht gewesen sind, die Eintracht unter den Fürsten aufrechtzuerhalten und den gestörten Frieden wiederherzustellen, hat kürzlich in einer ausgezeichneten, von Dr. Hans Wehberg (Düsseldorf) in Nr. 461 der „Kölnischen Volkszeitung“ besprochenen Schrift, *Der Friede Christi* (Verlag Kirsch, Wien 1913), der Domkapitular Dr. Alexander Gießwein dargetan. Bekannt sind besonders die Bemühungen der Päpste Alexander III., Honorius III., Johann XXII., Gregor XI. und Alexander VI. um die schiedsrichterliche Erledigung internationaler Streitigkeiten. Unter den Streitfällen, die in neuester Zeit vom heiligen Stuhle erledigt wurden, ist besonders der Karolinenstreit bemerkenswert, der durch den Fürsten Bismarck dem Papste Leo XIII. zur Entscheidung überwiesen wurde.

In seiner Weihnachtsansprache an das Kardinalskollegium vom Jahre 1893 empfahl Leo XIII. das Zusammentreten einer internationalen Abrüstungskonferenz. Kurz darauf sprach sich derselbe Papst in seinem Apostolischen Rundschreiben vom 20. Juni 1894 „Ad principes populosque universos“ gegen die Höhe der Rüstungen aller Völker aus. „Welches die Lage Europas ist, sehen wir vor unsern Augen. Schon seit vielen Jahren haben wir vom Frieden nicht viel mehr als den Schein. Da das gegenseitige Vertrauen geschwunden ist und dem Argwohn Platz gemacht hat sind fast alle

Staaten um die Wette damit beschäftigt, sich zum Kriege zu rüsten. Wir sind bereits dahin gekommen, daß der bewaffnete Friede allmählich unerträglich geworden ist. Sollte ein derartiger Zustand der bürgerlichen Gesellschaft ein natürlicher sein?"

Angeregt durch die Interparlamentarische Versammlung zu Brüssel vom Jahre 1895 äußerte sich Leo XIII. am 17. September d. J. zu dem Korrespondenten der „Nowoje Wremja“: „Gegenwärtig haben wir keinen wahren Frieden. Welch großartige Erscheinung aber wäre es, wenn eine Ära des wirklichen Friedens anbräche, wenn die Geschütze, die Gewehre beiseite geworfen und internationale Fragen durch freie Beratung der Herrscher und des Papstes entschieden würden!“ Als infolge des Venezuelastreites die Spannung zwischen England und Amerika Anfang 1896 bedrohlich geworden war und hervorragende Pressorgane Englands gegen den Krieg und für Abschluß eines Schiedsvertrags sich erklärten, ließ Leo XIII. durch den Kardinal Rampolla an den Herausgeber des „Daily Chronicle“ einen Brief schreiben, der die Hoffnung ausdrückte, daß der Versuch, den Frieden aufrechtzuerhalten, mit Erfolg gekrönt werden würde. Der im Dezember 1896 in Pest tagende Internationale Friedenskongreß wandte sich an den Papst mit der Bitte, die Friedensidee weiter zu fördern. Im Auftrage des Papstes antwortete Kardinal Rampolla mit einem Schreiben, in welchem es u. a. hieß: „Das war in der Tat die hervorragendste Aufgabe des obersten Kirchenfürsten, der zu jeder Zeit seine Autorität und seinen Einfluß in den Dienst der Zivilisation und der Eintracht unter den Völkern gestellt hat.“ Als der russische Zar am 24. August 1898 das Rundschreiben erließ, durch welches der Zusammentritt der ersten Haager Friedenskonferenz veranlaßt wurde, lud man den Papst zu der Konferenz nicht ein. Die Einladung des Papstes scheiterte bekanntlich an der Haltung Italiens, welches erklärte, nicht zur Konferenz kommen zu wollen, wenn der Heilige Stuhl dort vertreten wäre. Trotzdem äußerte sich Leo XIII. bei wiederholten Gelegenheiten zustimmend zu den Bestrebungen der Konferenz und wünschte ihr bei dem Empfang des Kardinalskollegiums im April 1899 besondern Erfolg. In seiner Antwort auf ein Schreiben der Königin von Holland, welche sich kurz vor dem Zusammentritt der Konferenz um die moralische Unterstützung des Papstes bemühte, erklärte Leo XIII. u. a.: „Bei derartigen Unternehmungen gehört es nach unserer Meinung zu unserer ganz besondern Aufgabe, nicht bloß eine moralische Unterstützung zu gewähren, sondern auch an den Beratungen wirklich teilzunehmen. Die Gewalt des Hohen-

priestertums macht nicht an den nationalen Grenzen halt; es umfaßt alle Völker, um sie in dem wahren Frieden des Evangeliums zu einen."

Leos XIII. Nachfolger, Pius X., blieb den Überlieferungen seines großen Vorgängers mit Bezug auf die Förderung des Weltfriedens treu. Ende 1904 gewährte der neue Papst dem Herausgeber der „Wiener Allgemeinen Zeitung“ eine Audienz, in welcher er den russisch-japanischen Krieg beklagte. Ähnlich sprach er im Geheimen Konsistorium am 27. März 1905 sich aus. Im Jahre 1906 richtete der Mailänder Weltfriedenskongreß an Pius X. die Bitte um moralische Förderung, die der Papst gern zusagte. In einem Schreiben, das der Papst am 11. Juni 1911 an den Apostolischen Delegaten der Vereinigten Staaten von Amerika richtete, brachte er seine Freude über die amerikanischen Friedensbestrebungen zum Ausdruck. „Alles, was zur Erreichung des Friedens geschieht, wenn es auch nicht direkt und vollständig den erwünschten Zweck erreicht, ist der Allgemeinheit von Nutzen. Deswegen freuen wir uns aus ganzer Seele über eine Initiative, die, wenn sie auch von allen als vorzüglich gepriesen wird, mehr als von jedem andern von uns gebilligt werden muß.“ Auch im Geheimen Konsistorium vom 25. Mai 1914 wies der Papst anerkennend auf diejenigen hin, „welche gemeinsam an den Mitteln arbeiteten, die Kriegsgreuel zu vermeiden“.

Wie sein Vorgänger, der noch in seinen letzten Lebenstagen den Ausbruch des Weltkrieges zu verhindern bestrebt war, hat auch Papst Benedikt XV. seit seinem Regierungsantritt die Regierung und Völker wiederholt zum Frieden gemahnt und, da diese Mahnungen nach Lage der Dinge für absehbare Zeit fruchtlos bleiben mußten, alles getan, um wenigstens die Leiden des Krieges nach Möglichkeit zu lindern, teilweise mit gutem, allgemein anerkanntem Erfolg. Auf Betreiben des Papstes hat ein Austausch von verwundeten Gefangenen, welche für den weiteren Kriegsdienst untauglich befunden wurden, stattgefunden. Als der Papst die Berichte über die furchtbare Lage an der Front in Nordfrankreich las, wonach die Toten an manchen Stellen so dicht lagen, daß sie eine wahre Mauer bildeten, fragte der Papst bei Deutschland an, ob es einem zweitägigen Waffenstillstand an seiner Front zustimme, um die Toten zu begraben. Prompt kam vom Deutschen Kaiser am Ostersonntag eine zustimmende Antwort: den französischen und englischen Heerführern möge durch ihre Regierung gesagt werden, daß sie Parlamentäre in das deutsche Hauptquartier senden möchten, um die Bedingungen im einzelnen festzustellen und die Stellen zu

bezeichnen, wo der Kampf zwei Tage ruhen sollte. Leider ist ein vorübergehender Waffenstillstand auf dieser Grundlage nicht zustande gekommen.

Bald nach Ostern kam dann die Kunde von einer bedeutsamen Rundgebung des Papstes an die Adresse der Vereinigten Staaten von Nordamerika. Die Newyorker Zeitung „World“ veröffentlichte einen Bericht ihres europäischen Korrespondenten Karl von Wiegand über eine Audienz, welche Benedikt XV. diesem Journalisten am 5. April bewilligt hatte. Der Papst sandte dem amerikanischen Volke einen Ostergruß mit seinem „einzigen Wunsche“: „Arbeitet unablässig und uneigennützig für den Frieden.“ Der Papst hoffe, daß Amerika im günstigen Augenblick die Initiative für den Frieden ergreifen werde. Er setze seine Hoffnung auf das amerikanische Volk, auf den Einfluß und die Macht, über welche es in der ganzen Welt verfüge. „Gerecht und unparteiisch und jederzeit neutral in allen seinen Bemühungen, wird Amerika, sobald der geeignete Augenblick zur Einleitung von Friedensverhandlungen gekommen sein wird, der nachdrücklichsten Unterstützung des Heiligen Stuhles sicher sein.“

Er habe, so fügte der Papst hinzu, das den Präsidenten der Vereinigten Staaten bereits durch seinen angesehensten Freund wissen lassen. In der Rundgebung des Papstes findet sich aber auch eine ernste Mahnung für Amerika: „Wenn euer Land“, so sagte er, „alles vermeidet, was den Krieg verlängern kann, dann kann Amerika bei seiner Größe und seinem Einfluß in besonderm Maße zur raschen Beendigung dieses ungeheuern Krieges beitragen.“ Damit berührte der Papst einen der kritischen Punkte der militärpolitischen Lage: die fortgesetzten Waffenlieferungen aus Amerika an die Mächte des damaligen Dreiverbandes, der inzwischen durch den Beitritt Italiens zu einem Vierverband geworden ist. Kein Zweifel: von dem Augenblick an, wo die Lieferung von Kriegsmaterial aus Amerika aufhörte, würde die militärpolitische Lage sich nicht unwesentlich verschieben, und zwar in der Richtung einer raschern Herstellung des Weltfriedens.

Bei allen seinen Schritten während des Krieges hat das Oberhaupt der katholischen Weltkirche die ihm gebotene Neutralität in wahrhaft vorbildlicher Weise gewahrt, obwohl es nicht an Versuchen gefehlt hat, ihn von der Linie der striktesten Neutralität abzudrängen. Zu diesen Versuchen ist der in Frankreich und England alsbald nach dem Ausbruch des Krieges hervorgetretene Wunsch zu rechnen, eine diplomatische Verbindung mit dem Vatikan herzu-

stellen. Die beteiligten Persönlichkeiten, soweit sie den Regierungskreisen angehören, dachten dabei nicht an die Förderung des kirchlichen Lebens in Frankreich, welches in den letzten Jahrzehnten geradezu verwüstet worden ist; sie wollten in erster Weise verhindern, daß Frankreich das Protektorat über die Katholiken des Orients verloren ging, welches sich auch politisch als sehr wirksam erwiesen hat. Die Frage war brennend geworden durch die Bemühungen der Türkei, einen eignen Vertreter beim Heiligen Stuhl zu bestellen.

Es war insbesondere der frühere Botschafter Hanotaux, welcher im „Figaro“ entschieden „für unsere katholischen Missionen im Orient“ eintrat. Er wollte, daß die Regierung ohne Verzug mit Rom über zwei Fragen in Unterhandlung trete: die Verteidigung der französischen Missionen im Orient und den Kampf gegen die „germanistischen Einflüsse“ in Rom und der ganzen katholischen Welt. Der französische Einfluß im Osten laufe Gefahr, einen schweren Schlag zu erleiden; das habe der Deutsche Kaiser bei seiner Palästina-reise vorbereitet. „Wir haben“, so sagte Hanotaux, „sehr viele Fehler begangen, aber ich glaube nicht, daß es einen schlimmern gibt, als diesem gefährlichen Nebenbuhler freie Bahn gelassen zu haben und uns in innern und äußern Streitigkeiten zu ergehen, die zur Folge hatten, daß wir unsere Mittelmeerüberlieferungen und Interessen im Stich ließen.“ Doch der Fehler sei wieder gutzumachen. Nur eine Macht gebe es noch, welche die katholischen und französischen Werke im Orient verteidigen könne: das Papsttum. „Weder Rom noch Frankreich können sich dieser gemeinsamen Pflicht entziehen.“ Hanotaux beschwor Parlament und Regierung, dieser ihrer Pflicht eingedenk zu sein. Aber die französische Regierung ließ sich nicht bereit finden, die im Kulturkampf brüst abgebrochenen Beziehungen zur römischen Kurie wieder anzuknüpfen. Der Widerstand der radikalen und religionsfeindlichen Elemente in Frankreich erwies sich bisher als zu stark; ihnen muß ja die Wiederherstellung diplomatischer Beziehungen zum Vatikan als eine Verleugnung ihrer kulturkämpferischen Vergangenheit erscheinen.

Rascher hat man sich in England entschieden. Sir Harry Howard wurde zum Gesandten beim Vatikan ernannt, ohne Rücksicht auf die Unzufriedenheit der Drangisten und Nonkonformisten, die sich in zahlreichen Zuschriften an die Presse äußerte. Auch in England war es nicht die Sorge für die religiöskirchlichen Bedürfnisse der Katholiken des Landes, welche jenen Schritt veranlaßte; dazu wäre längst Zeit gewesen. Dieser Schritt war aus der Not geboren. Es

war besonders die Rücksicht auf die irischen Katholiken, welche hier entscheidend einwirkte. Irland ist mit Ausnahme eines Teiles der Provinz Ulster katholisch. Man möchte die katholischen Irländer möglichst bei guter Laune erhalten, um sie nicht zu einer neuen Gefahr für das britische Imperium werden zu lassen und das Rekrutierungsgeschäft unter den von England ausgepörrten Iren, welche Großbritannien die besten Soldaten stellen, zu erleichtern.

Papst Benedikt XV., der auch als kluger Politiker und Diplomat gilt, konnte am wenigsten im Zweifel über die politischen Hintergedanken von Frankreich und England sein. Es ist daher auch nicht das geringste Anzeichen bemerkbar geworden, daß der Heilige Stuhl aus der Linie unbedingter Neutralität auch nur um Haaresbreite sich hätte herausdrängen lassen. Das taktvolle und weise Verhalten des Papstes hat denn auch bei allen Gerechtdenkenden, die ungemein großen Schwierigkeiten der Lage des Papstes in den gegenwärtigen Zeitläufen Würdigenden rückhaltlose Anerkennung gefunden.

Eine Ausnahme haben hier nur die Franzosen gemacht, insbesondere diejenigen französischen Katholiken, bei denen Nationalismus und Chauvinismus alle andern Rücksichten zurückgedrängt haben. Sie haben sich in den anmaßenden Gedanken eingesponnen, daß Frankreich eine Vorzugsstellung im Katholizismus gebühre, der der Papst vor allem Rechnung zu tragen habe. Der als Schriftsteller mit Recht gefeierte Akademiker René Bazin hat das im „Echo de Paris“ in dem Bericht über eine nach Rom gemachte Reise ausdrücklich ausgesprochen. Er klagt, daß Frankreich in Rom nicht mehr den „glänzenden Rang“ einnehme, den es dort gehabt habe, dessen es auch jetzt noch würdig sei und den es unbedingt wieder einnehmen müsse. Er glaubt, daß es nur vorübergehend sei, wenn die italienischen Katholiken, die Prälaten und sogar die Kardinäle die Ansicht verloren hätten, „daß Frankreich eine Art Vorrang in der Christenheit besaß, eine besondere Rolle spielte und eine ruhmvolle Mission hatte“. Er spricht die Erwartung aus, daß Rom in Frankreich bald wieder „die große katholische Macht“ erblicken werde. Von ähnlichen Gedankengängen geht ja auch die von französischen Katholiken verbreitete Schmähschrift gegen Deutschland *La guerre allemande et le catholicisme* aus. Und das, obwohl in Frankreich nach wie vor ein antikatholisches, atheistisches Regiment geführt wird, welches jeder Rücksicht auf katholisches Empfinden und katholisches Interesse sich entschlagen zu können glaubt!

Ganz unmittelbar ist jetzt das Papsttum in Mitleidenschaft gezogen worden durch das unter Treubruch gegenüber seinen bis-

herigen Verbündeten erfolgte Eintreten Italiens in den Weltkrieg. Dadurch wurde die Stellung des Papsttums in einer Weise berührt, welche die nie gelöste, aber zeitweilig etwas zurückgetretene römische Frage in ihrer ganzen Tragweite und ihrem ganzen Ernste wieder aufrollt.

Von vornherein drängt sich die Erwägung auf: Kann der Papst in dieser Kriegszeit im Einflußbereich eines Staates und einer Regierung bleiben, für welche Treu und Glauben im internationalen Verkehr ein leerer Wahn sind? Der Papst hat seinen Sitz in Rom, der Hauptstadt des mit dem Dreiverbände verbundenen Italiens. Da ist die Verlockung zu dem Versuche stark, sich die große moralische Macht des Papsttums zu weltlichen Zwecken dienstbar zu machen. Das Papsttum darf aber um seiner selbst willen nicht dem Einfluß eines Staates unterliegen, am wenigsten, wenn dieser Staat, wie jetzt Italien, in einen mit äußerster Erbitterung auf Tod und Leben geführten Weltkrieg verwickelt ist.

Dazu kommt, daß Italien dem Papsttum gegenüber gerade in seiner neuern Geschichte eine abgeneigte, wiederholt geradezu feindselige Stellung eingenommen hat, indem es der alten territorialen Unabhängigkeit und Selbständigkeit des Papstes mit Waffengewalt ein Ende machte. Die Elemente, welche in Italien zum Kriege getrieben haben, in erster Reihe, wie dies im Hefte 21 dieser Schriftenreihe von mir des nähern dargelegt worden ist, sind ausgesprochen kirchen- und papstfeindlich. Wie ein roter Faden zieht sich diese kirchen- und papstfeindlichkeit durch die Geschichte der italienischen Loge hin. Nach der Besetzung Roms, am 20. September 1870 schrieb das Freimaurerblatt „Le Siècle“ mit aller Offenheit: „Der päpstliche Thron mußte unwiderruflich fallen, damit alle andern der Reihe nach fallen können.“ Für die italienische Loge war nicht so sehr das Österreich, welches italienische Grenzgebiete besitzt, der Feind, sondern das katholische Österreich, der Hort der Monarchie, der christlichen Staats- und Weltauffassung, in dem noch die Heiligkeit der Throne und Altäre gilt. In die mit dem Tage von Quarto auf der ganzen Linie einsetzende Kriegsheße spielt überall der Haß gegen Kirche und Papsttum hinein. Es war der Geist Mazzinis und Carduccis sowie des gleichgesinnten d'Annunzio, der die Kriegsheße regierte. Selbst, wenn man den guten Willen der Regierung annehmen wollte — wird sie imstande sein, die Stellung des Papsttums und auch nur die Unantastbarkeit der Person des Papstes zu schützen und zu verbürgen, nachdem sie ein solches Maß von Schwäche gegenüber den zum Kriege drängenden Mächten des Umsturzes im

eigenen Lande an den Tag gelegt, sich der Revolution mit Haut und Haaren verschrieben hat?

Man braucht nur diese Frage zu stellen, um sich klar darüber zu werden, daß die Lage des Papstes in Rom eine unmögliche ist, und zwar keineswegs bloß vom kirchlichen, sondern ebensosehr vom internationalen staatspolitischen Standpunkte. Demgegenüber läßt sich auch nicht auf die sogenannten Garantiegesetze verweisen, welche die Unabhängigkeit und Freiheit der kirchlichen Wirksamkeit des Papstes sichern sollen. Abgesehen davon, daß es sehr zweifelhaft ist, ob die italienische Regierung gewillt oder imstande sein wird, diese papiernen Bürgschaften aufrechtzuerhalten, treffen dieselben keinerlei Vorsorge für den jetzt eingetretenen Fall der Teilnahme des Königreichs Italien an einem Weltkrieg.

Die Folgen dieser Tatsache haben sich denn auch bereits in weitem Umfange geltend gemacht.

Ohne jede Sicherungsgewähr waren zahlreiche deutsche und österreichisch-ungarische hohe kirchliche Würdenträger, insbesondere Ordensoberen und Vorsteher wichtiger kirchlicher Anstalten. Dazu gehören die Prälaten der Rota, die Protonotare, die päpstlichen Kammerherren, die Ordensgenerale und Ordensprocuratoren, falls sie österreichisch-ungarische oder deutsche Staatsbürger sind. Von Stiftungen mit oft beträchtlichem Vermögen in unbeweglichem Gut kommen vor allem in Betracht: die gemeinsame österreichisch-deutsche Nationalstiftung der Anima mit dem Priesterhaus und dem Millionen betragenden Immobilienbesitz (27 Häuser); desgleichen die Kamposantostiftung, die auf Karl den Großen zurückgeht, mit ebenfalls bedeutendem Besitz und Vermögen; das deutsch-ungarische Germanikum, das unter Leitung deutscher Jesuiten steht und wo der Ordensgeneral mit seinen Assistenten wohnt; dann die böhmischen, polnischen und ruthenischen Kollegien in Rom. Millionenwerte stellen auch die deutschen und österreichisch-ungarischen Ordenshäuser und Klöster in Rom und ganz Italien dar. Die in Betracht kommenden geistlichen Persönlichkeiten haben bereits alsbald nach Ausbruch des Krieges Rom verlassen.

Die beim Vatikan beglaubigten Gesandten Österreich-Ungarns, Preußens und Bayerns haben ihren Wohnsitz an die schweizerisch-italienische Grenze verlegt, weil sie sich und ihre Wirksamkeit in Rom nicht mehr als ungefährdet erachten konnten.

Das offiziöse Organ der Kurie, das „Osservatore Romano“, schrieb über die Abreise dieser Diplomaten: „Die Abreise aus Rom glauben wir weniger Verabredungen oder besondern Abmachungen

untereinander als vielmehr der Zwangslage der neugeschaffenen Situation zuschreiben zu dürfen, die durch den Eintritt Italiens in den europäischen Krieg entstanden ist. Es ist eine auch unter diesem Gesichtspunkte höchst peinliche Lage für den Heiligen Stuhl geschaffen worden, der infolgedessen nicht mehr direkt mit Vertretern von einigen der kriegführenden Nationen korrespondieren kann und sich somit nicht mehr im Besitz aller nötigen Elemente befindet, um sich genaue Rechenschaft von der internationalen Lage zu geben. Durch diese Zwangslage entsteht eine Verminderung jener Internationalität, die der Aktion des Heiligen Stuhles eigen ist."

Inzwischen hat sich auch der Papst selbst über die durch den Krieg verursachte Lage des Heiligen Stuhles geäußert. In einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Liberté“ erklärte er u. a.: „Die Lage des Vatikans sei unsicher. Besonders schwer sei der Übelstand, daß der Papst nicht mehr unmittelbar mit allen Gläubigen korrespondieren könne. Die italienische Regierung habe zwar das Chiffregeheimnis für den Heiligen Stuhl angeboten, aber der Vatikan habe nicht angenommen, weil es zu gefährlich gewesen wäre, da man ihn der Indiskretion in militärischen Dingen hätte beschuldigen können. Alle Verbindungen mit den Feinden Italiens seien auch für den Vatikan unterbrochen.“ Die hier angeführten Sätze sind von keinem der später ergangenen Dementis betroffen worden und daher als authentisch zu betrachten.

So hat denn der Weltkrieg und das Eintreten Italiens in denselben zu den vielen andern Fragen auch die römische Frage mit erneuter Schärfe aufgeworfen. Die deutschen und die österreichisch-ungarischen Katholiken hatten sich mit Rücksicht auf das Bestehen des Dreibundes in der Behandlung dieser Frage seit Jahren eine große Zurückhaltung auferlegt, so wenig sie mit der Lösung derselben durch das italienische Garantiegesetz einverstanden sein konnten. Die regelmäßigen Generalversammlungen der Katholiken Deutschlands beschränkten sich auf die Annahme einer Resolution des Wortlautes: „Wir verlangen nach wie vor für den Papst als das Oberhaupt der katholischen Kirche eine volle und wirkliche Freiheit und Unabhängigkeit in der Ausübung seines obersten Hirtenamts, welche die unerläßliche Vorbedingung für die Freiheit und Unabhängigkeit der katholischen Kirche ist.“ Es liegt für die deutschen und die österreichisch-ungarischen Katholiken kein Grund vor, angesichts der jüngsten Entwicklung der Dinge an dieser Zurückhaltung festzuhalten, wie auch bereits die angesehensten katholischen Pressorgane der verbündeten beiden Kaiserreiche betonen.

Und die Forderung voller Freiheit und Unabhängigkeit für das Oberhaupt der katholischen Kirche wird keineswegs lediglich von den Katholiken Deutschlands und Österreich-Ungarns erhoben; sie ist den Katholiken der ganzen Welt gemeinsam und muß ihnen gemeinsam sein. In diesem Sinne schreibt in ihrer Nr. 563 vom 5. Juni auch die „Kölnische Zeitung“: „Schon regen sich an vielen Punkten der Erde drohende Stimmen, drohend für Italiens Einheit und Staatsgebiet. Die Katholiken der ganzen Welt sehen durch die Beteiligung Italiens am Krieg bereits die Möglichkeit näher gerückt, daß sich langgehegte und nie aufgegebene Wünsche des Vatikans und seiner Anhänger endlich erfüllen können, und mit aller Deutlichkeit wird seit dieser Wendung das Verlangen gestellt, daß bei dem künftigen Friedensschluß die alten Forderungen der Kurie und der katholischen Welt befriedigt und dem Papsttum die volle Macht der souveränen Unabhängigkeit und internationalen Bewegungsfreiheit wieder gegeben werde, die es seit 1870 verloren und in dem von Italien geschaffenen Garantiegesetz nicht gefunden hat. Je nach dem Ausgang des Krieges werden diese Forderungen größere oder geringere Aussicht auf Erfüllung haben, und es könnte der italienischen Freimaurerei, die immerfort erbittert gegen das Papsttum und die katholische Kirche angekämpft hat, begegnen, daß sie durch den ruchlos heraufbeschworenen Krieg gerade ihrem Feinde einen neuen Aufstieg zu Macht und Glanz, dem seit 1870 geeinten Italien dagegen einen demütigenden Rückfall in seine frühere Ohnmacht und Zersplitterung herbeigeführt hätte. Es reifen auf den blutigen Schlachtfeldern des Jahres 1915 Umwandlungen des Weltgeschicks. Vielleicht können die Katholiken einmal in ihrem Sinne von der italienischen Massoneria sagen, sie sei ein Teil von jener Kraft, die stets das Böse will und nur das Gute schafft.“

Im übrigen geht die Frage der Freiheit und Unabhängigkeit des Papsttums von weltlicher Gewalt keineswegs bloß die Katholiken der ganzen Welt an. Auch der Nichtkatholik, möge er zum Papsttum als kirchliche Institution stehen, wie er will, wird anerkennen müssen, daß die gegenwärtige Situation des Heiligen Stuhles unhaltbar ist, selbst wenn er sich nicht auf die Höhe des Standpunktes des Fürsten Bismarck emporzuschwingen vermag, der am 21. April 1887 im Preussischen Abgeordnetenhaus erklärte: „... wenn ich Katholik wäre, glaube ich nicht, daß ich die Institution des Papsttums als eine ausländische betrachten würde; und von meinem paritätischen Standpunkt aus, den ich als Vertreter der Regierung einnehmen muß, gebe ich das zu, daß das Papsttum

eine nicht bloß ausländische, eine nicht bloß weltallgemeine, sondern, weil sie eine weltallgemeine ist, auch eine deutsche Institution für die deutschen Katholiken ist."

Rückhaltlos ist die Bedeutung des Papsttums in der gegenwärtigen internationalen Lage und insbesondere im Hinblick auf die künftigen Friedensverhandlungen, die doch einmal kommen müssen, von der Zweiten Kammer und insbesondere von der Regierung der Niederlande anerkannt worden. Das neutrale Holland hat die Gesandtschaft beim Vatikan wieder hergestellt. Es denkt dabei wohl zunächst an die Möglichkeit, daß die künftigen Verhandlungen über den Frieden in dem Haager Friedenspalast stattfinden, der jetzt wie eine Satire auf seine Bestimmung dasteht und an dem ein bitterer Späßvogel ein Plakat mit der Aufschrift angebracht hatte: „te koop of te huur“ (zu verkaufen oder zu vermieten). Holland wünscht den Frieden. In diesem Wunsche begegnet es sich mit dem Papste. Der Minister des Außern, London, erklärte in der Sitzung der Zweiten Kammer vom 10. Juni: Die Regierung habe gehört, daß der Vatikan eine Friedensaktion vorbereite. Sie sei der Meinung gewesen, daß Holland sich daran beteiligen müsse. Sie habe sich nach Rom gewandt und Kardinal Gasparri habe zurückschrieben, daß es am besten wäre, wenn Holland einen Gesandten ernennen würde. Der Minister bemerkte dabei: Kein Mensch sei neutraler als der Papst, der in allen Ländern seine Glaubensgenossen habe. Ministerpräsident Cort van der Linden antwortete denjenigen Rednern, die sich gegen den Entwurf ausgesprochen hatten, insbesondere denen, die auf dem Standpunkte des Evangelischen Bundes standen: „Die Regierung ist weder katholisch noch protestantisch. Die Gesandtschaft knüpft kein Band zwischen dem Staat und der katholischen Kirche, auch wenn sie nicht zeitweilig, sondern dauernd sein würde. Die Natur der Gesandtschaft wird dadurch nicht geändert, sie wird nicht bestimmt durch ihre Dauer. Die Natur der Gesandtschaft wird allein dadurch bestimmt, daß man im Papste eine bedeutende, internationale, politische Macht erblickt. Das ist die Wirklichkeit. Man kann das bedauern, aber an dieser Tatsache ist nichts zu ändern. Es gibt kein gewichtigeres politisches Zentrum, das im Interesse des Friedens Einfluß ausüben kann, als gerade der Vatikan. Wir müssen damit zusammenarbeiten, und deshalb ist die Gesandtschaft nötig. Wir besitzen unter den Mächten bloß einen bescheidenen Platz, aber der Papst gehört zu den Großmächten.“ Der Minister bedauerte dann den Glaubenshaß so vieler Protestanten und huldigte dem Mitgliede der katholischen Kammerfraktion, Prälaten Prof. Dr.

Nolens, der seinen Auftrag in Rom (betreffend die Wiederherstellung der Gesandtschaft) so glänzend ausgeführt habe. Dem Papste dankte der Ministerpräsident für seine entgegenkommende Haltung und fuhr dann fort: „Wenn der Friede geschlossen wird, steht das Interesse Hollands und seiner Kolonien unmittelbar auf der Tagesordnung. Wir müssen nicht allein fertig sein für den Krieg, sondern auch für den Frieden. Das genügt schon, um die Vorlage zu rechtfertigen. Es kann jetzt nicht bewiesen werden, daß der Vatikan eine große Rolle spielen wird. Diplomatie ist keine Mathematik. Wir müssen unterrichtet sein über jede Friedensaktion. Es ist nicht allein in unserm Interesse, sondern es ist auch unsere Pflicht, daran mitzuwirken, der kranken Menschlichkeit sobald als möglich den Frieden zu schenken. Der Einfluß des Papstes kann von großer Bedeutung sein. Darum müssen wir uns mit ihm in Verbindung setzen.“

So ist durch den Weltkrieg das Papsttum mehr als seit langer Zeit in den Vordergrund getreten. Allgemein aber wird in allen besonnen urteilenden Kreisen die Genugtuung darüber sein, daß in diesen kritischen Zeiten auf dem Stuhle Petri ein Papst sitzt, der eine so hohe Auffassung seines Berufs hegt, der von hoher Warte aus Menschen und Dinge mit klarem Blick überschaut und mit der Unabhängigkeit, welche sein Amt erfordert, die Stimme erhebt: „Im geeigneten Augenblick zur Einleitung der Friedensverhandlungen,“ wie der Papst gegenüber dem Vertreter der Newyorker „World“ sich ausdrückte, wird die „Erbweisheit“ des römischen Stuhles, von der Benedikt XV. in seiner kurzen Regierungszeit schon mehr als eine bedeutungsvolle Probe abgelegt hat, hoffentlich den Völkern Europas zugute kommen, um ein neues zu schaffen, welches die Bürgschaft der Sicherheit und Dauer in sich trägt.

Von demselben Verfasser erschienen:

1. Weltkrieg 9: Der Krieg und die Parteien.
2. Weltkrieg 21: Der Krieg und die Freimaurerei.

Zu demselben Gegenstand erschien:

Das Papsttum und der Weltfriede. Untersuchungen über die weltpolitischen Aufgaben und die völkerrechtliche Stellung des Papsttums. Von Gerichtsassessor Dr. Hans Wehberg. 8° (130) 1915. M. Gladbach, Volksvereins-Verlag GmbH. Preis M 1.80